

Protokoll

des
Einwohnerrats Zofingen
Amtsperiode 2026–2029

für die 3. Sitzung 2026

Datum	Montag, 22. Juni 2026
Zeit	18.30 – 21:10 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Kurt, Einwohnerratssekretär
Veröffentlicht	06.07.2026 auf www.zofingen.ch/einwohnerrat

Anwesend

36 Mitglieder des Einwohnerrats

Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat⁵
Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat
Annaheim Olivier (SVP), Einwohnerrat²
Behava Jonathan (SP), Einwohnerrat
Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Brühlmann Peter (SVP), Einwohnerrat
Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat⁶
Colucci Matthias (FDP/ZM), Einwohnerrat
Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat
Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin
Graf Michèle (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin³
Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat
Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat
Kerstjens Laura (SP), Einwohnerrätin⁵
Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin⁶
Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin
Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
Leutwyler Hans (FDP/ZM), Einwohnerrat
McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin^{3, 4}
Müller Alexandra (FDP), Einwohnerrätin
Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat^{4, 5, 6}
Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin⁵
Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁶
Plüss Andrea (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin⁵
Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin⁴
Schindler René (SVP), Einwohnerrat
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat⁵
Schürch Claudia (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat
Sjöberg Niklas (Grüne), Einwohnerrat
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat¹
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Flückiger Claudio (SVP), Einwohnerrat
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin⁶
Schifferle Zeno (EVP/Die Mitte), Einwohnerrat
Szedlák Stéphanie (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin

Legende

¹Präsident / ²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Fraktionspräsident/in

Traktanden

1. [Mitteilungen](#)

2. [Einbürgerungen](#)

ER.2026.029

Einbürgerungsgesuch Merdan Dünya, 1977, Türkei

ER.2026.030

Einbürgerungsgesuch Sulaiman Masoud, 1993, Syrien

ER.2026.031

Einbürgerungsgesuch Khalife Amir, 1994, Syrien

3. [ER.2026.026](#)

Jahresrechnung/Jahresbericht 2025 Einwohnergemeinde Zofingen

4. [ER.2022.0200](#)

Teilrevision Nutzungsplanung – Regelung IVHB und Gewässerräume

5. [ER.2025.030](#)

Postulat von Rainer Böni (FDP) vom 23. Juni 2025 betreffend "Aufhebung des Fahrverbots und Wiedereinführung der Kurzzeitparkplätze beim Bahnhofplatz"; Haltung Stadtrat

6. [ER.2024.015.2](#)

Postulat von Karin Burkhard (Grüne) vom 18. März 2024 betreffend "Sichere Schulwege - Verkehr rund um die Altstadt und um die Schulanlagen"; Bericht Stadtrat

7. [ER.2024.038.2](#)

Postulat von Carla Fumagalli (glp) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Konzept Strassenraumgestaltung Altstadt Zofingen"; Bericht Stadtrat

8. [ER.2025.033.2](#)

Postulat von René Schindler (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Erhöhung der Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz und Kameraüberwachung an neuralgischen Orten"; Bericht Stadtrat

9. [Umfrage](#)

Traktandum 1 – Mitteilungen

Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident,
begrüssst die anwesenden Personen zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Entschuldigt haben sich Claudio Flückiger, Carla Fumagalli, Zeno Schifferle und Stéphanie Szedlák.

Der Rat ist **mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die vorliegende **Traktandenliste** wird diskussionslos **genehmigt**.

Das **Einwohnerratsprotokoll** vom **23. März 2026** wurde am 21. April 2026 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als **genehmigt**.

Tischaufgaben

- Pin Stadt Zofingen
- Bankettkarten für Kinderfest (gemäss Rückmeldung)

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Anders Sjöberg (glp) vom 18. April 2026 betreffend
"Abwassergebühren in Zofingen" (Eingegangen bei der Stadtkanzlei am 9. Mai 2026)
- Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 22. Juni 2026 betreffend
"Parkplatzbewirtschaftung in Zofingen"

Traktandum 2 – Einbürgerungen

ER.2026.029

Einbürgerungsgesuch Merdan Dünya, 1977, Türkei

ER.2026.030

Einbürgerungsgesuch Sulaiman Masoud, 1993, Syrien

ER.2026.031

Einbürgerungsgesuch Khalife Amir, 1994, Syrien

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Alle Gesuchsteller erfüllen die Kriterien für eine Einbürgerung. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

ER.2026.029

Merdan, Dünya, von der Türkei, sei das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.030

Sulaiman Masoud, von Syrien, sei das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.031

Khalife Amir, von Syrien, sei das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 3

ER.2026.026

Jahresrechnung/Jahresbericht 2025 Einwohnergemeinde Zofingen

Eintreten ist nicht bestritten.

Thomas Affentranger, Präsident FGPK

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zeigt sich sehr zufrieden mit dem Abschluss der Jahresrechnung 2025. Dank sorgfältigem Ressourceneinsatz der Verwaltung und eines ausserordentlich starken Anstiegs der Fiskalerträge resultiert für die Einwohnergemeinde ein Gewinn von 7,21 Mio. Franken, was 6,37 Mio. über dem Budget liegt. Dies bestätigt die solide finanzielle Lage und ermöglicht, kommende Projekte und Herausforderungen zuversichtlich anzugehen.

Zur Jahresrechnung liegt ein positives Prüfungsurteil der externen Revisionsstelle sowie der FGPK vor. Die wesentlichen Anforderungen an die Buchführung – insbesondere Gliederung, Vollständigkeit, Klarheit und Nachprüfbarkeit – sind erfüllt. Die Rechnung entspricht den gesetzlichen Vorgaben und kann genehmigt werden.

Im Prüfverfahren wird jedoch festgestellt, dass im Bereich Personalaufwand keine vollständige Abstimmung zwischen Lohn- und Finanzbuchhaltung möglich war, da Unterlagen nicht fristgerecht vorlagen. Für das Folgejahr wird eine rechtzeitige Bereitstellung gefordert. Bei der Erneuerung der Beleuchtung der Stadtbibliothek wurden weder Budget-, Verpflichtungs- noch Nachtragskredit eingeholt, obwohl das Projekt im Investitionsplan 2025–2034 enthalten war. Dieser Fehler reiht sich in frühere Fälle ein und zeigt, dass kreditrechtliche Vorgaben strikt einzuhalten sind. Die FGPK empfiehlt deshalb die Prüfung eines internen Kontrollsystems im Risikomanagement.

Finanzpolitisch beurteilt die FGPK den Haushalt als gesund, weist aber auf Unsicherheiten hin. Teilweise wenig beeinflussbare Aufwendungen, etwa in der Pflegefinanzierung oder bei Spitex-Beiträgen, unterliegen Schwankungen. Zudem führten eine Wertberichtigung bei der Weiterbildung AG und ein steigender Aufwandüberschuss bei der Abwasserbeseitigung zu Belastungen. Der Steuerertrag natürlicher Personen liegt zwar über Budget, jedoch leicht unter dem Vorjahr.

Positiv wirken unter anderem tiefere Personalkosten infolge nicht ausgeschöpfter Budgets und Fluktuation. Der Bilanzüberschuss steigt um rund 7 Mio. auf ein weiterhin solides Niveau. Die Fiskalerträge juristischer Personen übertreffen das Budget um 4,5 Mio. deutlich. Der Nettoaufwand pro Einwohner liegt über dem Vorjahr, aber unter Budget.

Der Stadtrat weist auf eine gewisse Abhängigkeit von Sondereffekten hin. Selbst ohne den ausserordentlichen Mehrertrag resultiert ein Gewinn von 2,7 Mio. gegenüber budgetierten 0,8 Mio., was eine Verbesserung von 1,85 Mio. entspricht. Die positiven Ergebnisse verbessern die finanzpolitischen Kennzahlen und erweitern den Handlungsspielraum für die Finanzplanung 2027–2036.

Trotzdem verengt sich der finanzielle Handlungsspielraum aufgrund hoher Investitionen, insbesondere für das OSZ. Der hohe Steuerertrag darf nicht über die Notwendigkeit eines gezielten und verantwortungsvollen Mitteleinsatzes hinwegtäuschen. Zukünftige Investitionen betreffen insbesondere Stadtentwicklung, Infrastruktur, Bildung und Standortattraktivität. Angesichts geplanter Projekte wie Schwimmbadsanierung, Stadtsaal oder OSZ braucht es fundierte Entscheidungsgrundlagen. Eine breite Diskussion über Leistungsumfang und Finanzierbarkeit, inklusive möglicher Verzichtsplanung oder Steuererhöhungen, wird als notwendig erachtet.

Sie empfiehlt dem Einwohnerrat mit 9:0 Stimmen die Genehmigung von Jahresrechnung und Jahresbericht sowie der Verpflichtungs- und Budgetkredite. Die Abrechnung zur Beleuchtung der Stadtbibliothek wird aufgrund der genannten Mängel mit 8:1 Stimmen zur Genehmigung empfohlen. Die FGPK dankt Stadtrat, Verwaltung sowie allen Mitarbeitenden für die engagierte Arbeit.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp)

Die GLP beurteilt die Jahresrechnung 2025 als sehr erfreulich. Trotz hoher Investitionen verfügt Zofingen weiterhin über ein Nettovermögen, und die Selbstfinanzierung liegt deutlich über dem Budget, was die solide finanzielle Lage bestätigt. Der Jahresbericht zeigt, dass die Verwaltung effizient arbeitet und über kompetente sowie engagierte Mitarbeitende verfügt. Die transparente Darstellung der Rechnung wird hervorgehoben: Abweichungen, Verzögerungen und Unschärfen werden nachvollziehbar begründet, Ursachen offengelegt und Prozesse angepasst. Dies stärkt das Vertrauen in die öffentliche Hand.

Trotz des positiven Ergebnisses mahnen Stadtrat und FGPK zur Vorsicht, was von der GLP geteilt wird. Ziel bleibt, bei unverändertem Steuerfuss die Mittel dort einzusetzen, wo sie langfristig den grössten Nutzen bringen, insbesondere in eine moderne und energieeffiziente Infrastruktur, Bildung und Betreuung, nachhaltige Stadtentwicklung sowie attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen und Fachkräfte. Nachhaltige Finanzpolitik wird als gezielte Investition in die Zukunft verstanden, sodass kommende Generationen profitieren.

Die Entwicklung der Steuererträge unterstreicht die Bedeutung einer vorausschauenden Stadtentwicklung. Die bisherige Ausrichtung auf gutverdienende Zuziehende stösst an Grenzen, während gleichzeitig der Verlust von günstigem Wohnraum thematisiert wird. Gefordert wird ein Angebot für verschiedene Bevölkerungsgruppen, um langfristig ein stabiles Steuersubstrat zu sichern. Zudem soll der stagnierende Altstadtentwicklungsprozess wieder aufgenommen und mit einer klaren Vision sowie Strategie vorangetrieben werden.

Die GLP erkennt viele dieser Anliegen in den Legislaturzielen wieder und sieht Übereinstimmungen mit dem Stadtrat. Sie dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und unterstützt die Anträge zur Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung 2025.

Daniela Nadler, Fraktionsvotum (SVP)

Zur Jahresrechnung 2025 besteht breite Einigkeit, dass sie gut bis sehr gut abschliesst. Entscheidend ist jedoch nicht nur das Ergebnis, sondern auch dessen Zustandekommen. Eine vertiefte Betrachtung zeigt mehrere relevante Faktoren.

Erstens sind grössere Investitionen noch nicht aktiviert, weshalb die entsprechenden Abschreibungen fehlen und das Ergebnis dadurch verbessert wird. Zweitens prägt das starke Wachstum der Steuereinnahmen juristischer Personen von rund 4,5 Mio. Franken das Resultat wesentlich. Ohne diesen ausserordentlichen Effekt würde das betriebliche Ergebnis nicht mit 4,16 Mio. Franken positiv, sondern deutlich negativ ausfallen.

Drittens zeichnet sich bei den natürlichen Personen ein Wendepunkt ab: Trotz einer Zunahme von 137 Steuerpflichtigen sinkt der Steuerertrag, was auf eine Abwanderung finanzstärkerer Personen oder deren Ersatz durch einkommensschwächere hinweist. Viertens fehlen gemäss Hochrechnungen bis 2030 rund 55 Mio. Franken zur Finanzierung der geplanten Investitionen.

Diese Faktoren zeigen, dass die positive Rechnung auch durch günstige Umstände beeinflusst ist. Daraus wird gefolgert, dass die Lösung nicht primär in Steuererhöhungen liegt, sondern in einer konsequenten Priorisierung von Ausgaben und Investitionen. Notwendige Projekte sind klar von wünschbaren zu unterscheiden.

Die Jahresrechnung 2025 wird als Ergebnis einer fachlich starken Finanzarbeit beurteilt. Die sorgfältige Haushaltsführung sowie die Planung der Investitionen durch die Verwaltung werden gewürdigt. Die Jahresrechnung wird unterstützt und zur Genehmigung empfohlen.

Joël Brünisholz, Fraktionsvotum (Grüne)

Die grüne Fraktion beurteilt den Jahresabschluss 2025 mit einem Gewinn von 7,2 Mio. Franken als sehr positiv. Er zeigt eine solide finanzielle Lage und ermöglicht, künftige Projekte anzugehen. Auch ohne ausserordentliche Fiskalerträge der juristischen Personen hätte ein Gewinn von 2,7 Mio. resultiert und damit deutlich mehr als die budgetierten 0,8 Mio.

Der Nettoaufwand liegt 1 % unter dem Budget, was auf eine konsequente und disziplinierte Ausgabenpolitik zurückgeführt wird. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt über

mehrere Jahre rund 148 % und liegt damit klar über dem Zielwert von 100 %, was zusätzlichen finanziellen Spielraum schafft.

Das Ergebnis wird wesentlich dem Engagement der Mitarbeitenden der Verwaltung zugeschrieben. Insgesamt bewertet die Fraktion die Entwicklung zuversichtlich und sieht gute Voraussetzungen für die Umsetzung zukünftiger Projekte.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP/Die Mitte)

Die Fraktion EVP/Die Mitte dankt der Verwaltung für die Arbeit, welche die gute Jahresrechnung 2025 ermöglicht hat. Die Feststellungen der FGPK und der externen Revision werden geteilt und als nachvollziehbar beurteilt. Es wird betont, dass wiederholt gemachte Anmerkungen künftig konsequent umgesetzt werden sollen.

Für die Zukunft wird eine ausgewogene Entwicklung zwischen Qualität und gesunden Finanzen angestrebt, wie sie auch in den Jahreszielen zum Ausdruck kommt. Die konkrete Ausgestaltung dieser Ziele bleibt Gegenstand weiterer politischer Diskussionen, insbesondere im Rahmen kommender Budgets und Vorlagen. Entscheidend ist ein fortlaufendes Abwägen zwischen unterschiedlichen Interessen, um tragfähige Lösungen zu finden.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion beurteilt die Jahresrechnung 2025 mit einem deutlichen Ertragsüberschuss erneut als sehr erfreulich. In den letzten Jahren lagen die Abschlüsse regelmässig über dem Budget, teilweise beeinflusst durch Sondereffekte. 2025 trugen unter anderem Fluktuationen und verzögerte Wiederbesetzungen zu tieferen Personalkosten bei. Gleichzeitig werden die höheren Unternehmenssteuern als zunehmend verlässlicher Ertrag eingeschätzt.

Für kommende Budgets fordert die Fraktion eine optimistischere Planung sowie realistischere Abbildung der Investitionen. Wichtige Projekte werden seit Jahren im Investitionsplan aufgeführt und wiederholt zeitlich verschoben. Es wird hinterfragt, ob dadurch tatsächlich Kosten gesenkt oder langfristig höhere Belastungen entstehen, etwa bei der Badi-Sanierung oder beim Gebäudeunterhalt. Eine zu starke Zurückhaltung kann dazu führen, dass notwendige Erneuerungen aufgeschoben werden und die Infrastruktur an Qualität verliert.

Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet aus Sicht der SP auch, Unterhalt und Investitionen kontinuierlich zu tätigen, damit keine vernachlässigte Infrastruktur an kommende Generationen übergeben wird. Gefordert wird eine vorausschauende und engagierte Entwicklung in Bereichen wie Gebäude, Strassen, Fuss- und Velowege, Grünflächen und öffentliche Anlagen, um die Lebensqualität für die Bevölkerung zu sichern.

Die SP unterstützt Jahresrechnung und Jahresbericht einstimmig. Die Arbeit der FGPK wird als sorgfältig und fundiert beurteilt. Besonders gewürdigt wird der Einsatz der Mitarbeitenden der Verwaltung, die verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehen und sich gleichzeitig für die Weiterentwicklung der Stadt einsetzen. Standortattraktivität und Zukunftsvisionen werden als zentral erachtet.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Fraktion würdigt die Arbeit der Verwaltung und hebt die hohe Budgetdisziplin sowie die saubere Führung der Jahresrechnung 2025 hervor. Die Rechnung wird als verlässliche Momentaufnahme beurteilt, wobei der Fokus klar auf der langfristigen Entwicklung liegt.

Dabei werden mehrere kritische Punkte hervorgehoben. Erstens ist ein Rückgang der Einkommenssteuern der natürlichen Personen festzustellen, was als Indikator für die Steuerkraft und Standortattraktivität gewertet wird und einer vertieften Analyse bedarf. Zweitens relativiert sich der ausgewiesene Finanzierungsfehlbetrag, da ein Teil der geplanten Investitionen – etwa 7 Mio. Franken beim OSZ – nicht realisiert wurde.

Die wiederkehrende Einschätzung lautet, dass die aktuelle Rechnung zwar solide ist, die Finanzplanung jedoch problematisch bleibt. Der Nettoaufwand wächst deutlich stärker als die Bevölkerung. Zwischen 2021 und 2025 steigt dieser beispielsweise in der Gesundheit um 43,2 %, in

der Bildung um 22,9 %, in der allgemeinen Verwaltung um 22,3 % sowie in Kultur, Sport und Freizeit um 19,8 %, während die Bevölkerung nur um 6,2 % bzw. 768 Personen zunimmt.

Daraus wird Handlungsbedarf abgeleitet: Der Stadtrat und der Einwohnerrat sollen prioritär gegensteuern, da die geplante Entwicklung zu steigender Verschuldung führt. Die Stadt müsse sich stärker auf Kernaufgaben konzentrieren und Ausgaben konsequent priorisieren. Auch wenn gewisse Aufgaben durch übergeordnetes Recht vorgegeben sind, besteht Spielraum bei deren effizienter Umsetzung.

Die insgesamt als positiv bezeichnete Entwicklung der Erfolgsrechnung wird daher nicht vollständig geteilt. Entscheidend bleibt aus Sicht der Fraktion eine nachhaltige Steuerung der Ausgaben und eine klare Priorisierung angesichts der zukünftigen finanziellen Herausforderungen.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Der Stadtrat zeigt sich mit der Jahresrechnung 2025 zufrieden und nimmt das insgesamt positive Echo aus den Fraktionen zur Kenntnis. Das Ergebnis von 7,21 Mio. Franken sowie höhere Steuereinnahmen juristischer Personen wirken positiv, ebenso tiefere Personal- und Sozialkosten als budgetiert. Gleichzeitig wird betont, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt und eine langfristige Betrachtung entscheidend bleibt.

Kritisch gewertet wird insbesondere der Rückgang der Einkommenssteuern natürlicher Personen, erstmals seit 2013, aktuell auf dem Niveau von 2020. Auch steigende Pflegerestkosten und Ergänzungsleistungen sowie eine tiefe Investitionsrealisierungsquote von 55 % werden hervorgehoben. Zudem sind vergangene Ergebnisse stark von Sondereffekten geprägt, weshalb erhöhte Vorsicht angezeigt ist.

Der Stadtrat verortet sich zwischen den unterschiedlichen Einschätzungen: weder ausschliesslich positive noch ausschliesslich kritische Beurteilungen greifen ausreichend. Ein Investitionsstopp oder kurzfristige Massnahmen werden abgelehnt. Stattdessen wird ein gestuftes Vorgehen vorgesehen. Zunächst sollen Transparenz und ein gemeinsames Verständnis der Finanzlage geschaffen werden, etwa zu Investitionsvolumen, Lohnentwicklung oder Aufwandstruktur. Darauf aufbauend soll bis Ende Jahr eine Finanzstrategie erarbeitet werden. In einem dritten Schritt folgen konkrete Massnahmen, insbesondere im Rahmen der kommenden Budgetprozesse.

Als zentrale Steuerungsgrössen werden 5 Hebel genannt: Investitionsplanung, Verschuldung, Sachaufwand, Personalaufwand sowie der Steuerfuss, wobei 1 % Steuererhöhung rund CHF 400'000 entspricht und nur begrenzte Wirkung entfaltet. Langfristig wird der Siedlungsentwicklung eine Schlüsselrolle für die Entwicklung des Steuersubstrats zugeschrieben.

Der Stadtrat betont die Notwendigkeit von Transparenz, Ehrlichkeit und klarer Priorisierung. Ein Ungleichgewicht zwischen Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten wird festgestellt. Aufgabe von Stadtrat und Einwohnerrat ist es, im demokratischen Prozess gemeinsam Schwerpunkte zu setzen und tragfähige Entscheide zu treffen.

Joël Brünisholz, Einwohnerrat,

erweitert die Diskussion zu den Bildungsfinanzen mit einem Vergleich auf nationaler Ebene. In der Deutschschweiz sind die Bildungsausgaben in den letzten 20 Jahren um 58 % gestiegen, während der Anstieg in der Romandie 37 % beträgt. Gleichzeitig weist die Romandie eine höhere Bildungsqualität und geringere Bildungsungleichheit auf.

Daraus wird abgeleitet, dass nicht primär die Höhe der Ausgaben entscheidend ist, sondern deren gezielter Einsatz. Der Fokus soll stärker darauf liegen, wie die Mittel eingesetzt werden, da die finanziellen Rahmenbedingungen nur begrenzt beeinflussbar sind.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat,

greift die Diskussion von Joël Brünisholz zu den Bildungsfinanzen auf. Entscheidend bleibt jedoch, dass das Wachstum langfristig finanzierbar ist. Falls gewisse Kosten kaum beeinflussbar sind, muss in den beeinflussbaren Bereichen umso konsequenter priorisiert werden.

Mit Blick auf den Finanz- und Investitionsplan 2026–2035 zeigt sich ein geplantes Investitionsvolumen von 95,5 Mio. Franken bei einer Selbstfinanzierung von 68,1 Mio. Franken.

Daraus resultiert eine Finanzierungslücke von 27,4 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung zusätzlicher Projekte wie dem Oberstufenzentrum B, das mit rund 35 Mio. Franken veranschlagt ist, steigt das potenzielle Investitionsvolumen auf etwa 130 Mio. Franken in 10 Jahren. Dem steht eine jährliche Selbstfinanzierung von rund 13 Mio. Franken gegenüber, was als nicht ausreichend beurteilt wird.

Gesunde Finanzen werden als Voraussetzung für eine funktionierende Infrastruktur verstanden. Investitionen in Schulhäuser, Strassen und weitere Anlagen sind notwendig, gleichzeitig zeigt die Entwicklung der Erfolgsrechnung, dass in den vergangenen Jahren über den finanziellen Möglichkeiten gewirtschaftet wurde. Daraus ergibt sich der Auftrag an Stadtrat und Einwohnerrat, die Selbstfinanzierung zu stärken, Investitionen möglichst eigenständig zu tragen und die Verschuldung auf einem tragbaren Niveau zu halten, um zukünftige Generationen nicht übermässig zu belasten.

Detailberatung Jahresrechnung (kapitelweise)

Kapitel 12, Investitionsrechnung nach funktionaler Gliederung, S. 141

Michael Wacker, Einwohnerrat,

kritisiert den Umgang mit dem Kreditrecht in der Jahresrechnung 2025 deutlich. Anlass ist die Investition von 170'700 Franken für die Beleuchtung der Stadtbibliothek, für die im Budget kein Kredit ausgewiesen ist. Zwar war das Projekt im Investitionsplan 2025–2034 enthalten, wurde jedoch im Budgetprozess vergessen und dennoch umgesetzt. Diese Begründung wird als ungenügend beurteilt.

Er verweist auf wiederholte Fälle, in denen kreditrechtliche Vorgaben nicht eingehalten wurden, etwa bei Unterflur-Sammelstellen, Parkuhren oder dem Wetterschutzdach Heitern. Der Stadtrat habe trotz mehrfacher Kritik der FGPK und entsprechender Zusicherungen keine ausreichenden Verbesserungen umgesetzt. Das Vorgehen widerspreche den gesetzlichen Anforderungen, wonach Kredite vom Einwohnerrat zu bewilligen sind.

Die Situation wird als systematisches Problem bewertet, das Fragen zum internen Kontrollsystem aufwirft. Es wird erwartet, dass sich der Stadtrat künftig strikt an die kreditrechtlichen Vorgaben hält. Gleichzeitig wird die Hoffnung geäussert, dass mit der aktuellen Führung Verbesserungen eintreten. Abschliessend wird die Genehmigung einer Kreditabrechnung zu einem nicht bewilligten Budgetkredit grundsätzlich infrage gestellt, da eine solche Genehmigung formell nicht nachvollziehbar ist.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Der Stadtrat nimmt die Kritik am Umgang mit dem Kreditrecht zur Kenntnis und anerkennt die Mängel. Wiederholte Verstösse gegen Budget- und Kreditvorgaben werden als Fehler eingestanden. Es wird betont, dass klare Regeln bestehen, deren Umsetzung und Kontrolle jedoch konsequenter erfolgen müssen.

Der Stadtrat verpflichtet sich, die internen Kontrollen zu verstärken und die Einhaltung künftig sicherzustellen. Ziel ist, vergleichbare Fälle zu vermeiden. Gleichzeitig wird die FGPK aufgefordert, weiterhin wachsam zu bleiben und ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen.

Detailberatung Jahresbericht (kapitelweise)

Das Wort wird nicht verlangt.

Anträge

1. Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2025 sei zu genehmigen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2025 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

3. Die Abrechnungen über nachfolgende Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- 3.1 Riedtalbach – Ausdolung, Renaturierung und Hochwasserschutz (Konto 1.7201.5030.00 INV00200)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

- 3.2 Planung und Realisierung Schulraumprovisorium GMS (Konto 1.2170.5040.00, INV00319)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

- 3.3 GMS: Aufstockung Pavillon (Konto 1.2170.5040.00, INV00293)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

- 3.4 Neubau OSZ A, Projektierung (1.2170.5040.00, INV00232)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

4. Die Abrechnungen über nachfolgende Budgetkredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- 4.1 GMS: Abzug Militärküche (Konto 1.1610.5040.00, INV00337)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

- 4.2 Stadtbibliothek, Erneuerung Beleuchtung (Konto 1.3210.5040.00, INV00355)

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 23:5 (ja/nein) Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

- 4.3 Instandstellung Erlenweg (Konto 1.6150.5010.00, INV00341)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

- 4.4 Instandstellung Rösslimattstrasse/Blustweg (Konto 1.6150.5010.00, INV00343)

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 4

ER.2026.036

Teilrevision Nutzungsplanung – Regelung IVHB und Gewässerräume

Eintreten ist nicht bestritten.

Rainer Böni, Referent FGPK

Die FGPK unterstützt die Übernahme des kantonalen Rechts mit 8:0 Stimmen bei 1 Enthaltung. Es handelt sich um den dritten und letzten Schritt einer Teilrevision, nach den Etappen 2021 und 2024. Diskutiert wurden insbesondere Fragen zum Grundeigentum sowie zu Gewässerabständen, die jedoch umfassend geklärt werden konnten. Insgesamt kommt die FGPK mit klarer Mehrheit zum Schluss, dass die Vorlage sinnvoll ist und angenommen werden kann.

Rainer Böni, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage ebenfalls. Die Empfehlung zur Annahme erfolgt einstimmig und deckt sich inhaltlich mit derjenigen der FGPK.

Laura Kerstjens, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion beurteilt die BNO-Teilrevision als notwendig, jedoch wenig ambitioniert. Die Vorlage umfasst primär Anpassungen an Bundes- und kantonales Recht und geht inhaltlich nicht darüber hinaus.

Kritisch wird insbesondere die minimale Umsetzung der Gewässerraumausscheidungen beurteilt. Die vorhandenen Spielräume werden nicht genutzt, obwohl ein erheblicher Teil der Gewässer im Siedlungsgebiet unterirdisch in Kanälen verläuft. Diese sind kaum sichtbar und wenig bekannt, was die Wertschätzung und den Schutz beeinträchtigt. Zudem unterbrechen die Kanäle die ökologische Durchgängigkeit und wirken sich negativ auf die Biodiversität aus.

Trotz dieser Kritik stimmt die Fraktion der Teilrevision zu, da die Anpassungen sachlich nachvollziehbar und rechtlich erforderlich sind. Gleichzeitig wird betont, dass eine umfassende Totalrevision der BNO notwendig und rasch voranzutreiben ist, um eine zukunftsfähige Planungsgrundlage zu schaffen.

Christian Schnider, Fraktionsvotum (glp)

Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die umfassende und sorgfältig ausgearbeitete Vorlage mit den entsprechenden Anhängen. Die Teilrevision erfüllt die gesetzlichen Anforderungen, was durch die Planungs-, Mitwirkungs- und Vorprüfungsberichte belegt ist.

Inhaltlich handelt es sich überwiegend um Anpassungen an übergeordnetes Recht von Bund und Kanton, die in der Fraktion unbestritten sind. Die GLP unterstützt die Vorlage und stimmt ihr zu.

Gleichzeitig wird erwartet, dass die nächste BNO-Revision zeitnah angegangen wird. Dabei soll insbesondere dem qualitativen Bauen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Fabian Grossenbacher, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion unterstützt die Anpassung der BNO an das kantonale Recht und bewertet insbesondere die Harmonisierung der Baubegriffe sowie die Umsetzung der Gewässerraumbestimmungen gemäss eidgenössischem Gewässerschutz als sinnvoll.

Kritisch hinterfragt wird der Zeitpunkt der Teilrevision kurz vor einer kantonalen Richtplananpassung. Trotz dieser offenen Frage wird die Vorlage grossmehrheitlich unterstützt.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP/Die Mitte)

Die EVP/Die Mitte beurteilt die Vorlage positiv. Die Teilrevision greift drei länger aufgeschobene Themen auf und schafft damit mehr Planungssicherheit. Die Harmonisierung der Begriffe reduziert Missverständnisse.

Die Festlegung von Gewässerräumen auch für eingedolte Bäche wird als sinnvoll erachtet, da damit zukünftige Optionen offenbleiben. Wichtig ist dabei, dass der Gewässerraum keinen Einfluss auf die Ausnützungsziffer hat, falls Gewässer wieder offengelegt werden, womit Nutzungskonflikte vermieden werden können.

Zudem übernimmt die BNO die revidierte Bauverordnung, wodurch Doppelspurigkeiten abgebaut und die kommunalen Regelungen vereinfacht werden. Insgesamt unterstützt die Fraktion die Anträge des Stadtrats.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Der Stadtrat präsentiert eine sachliche und notwendige Teilrevision der Nutzungsplanung, die primär der Umsetzung von Bundes- und kantonalem Recht dient. Es handelt sich nicht um eine grundlegende Neuausrichtung, sondern um eine gezielte Anpassung, unabhängig von anstehenden Richtplanänderungen.

Die Vorlage umfasst drei Bereiche: die Harmonisierung der Baubegriffe gemäss IVHB, die grundeigentümerverbindliche Festlegung der Gewässerräume sowie die Anpassung der Bau- und Nutzungsordnung an die revidierte kantonale Bauverordnung. Beschlossen werden ausschliesslich die Teiländerung des Bauzonen- und Kulturlandplans sowie der BNO, nicht eine Gesamtrevision.

Die Ausscheidung der Gewässerräume erfolgt aufgrund bundes- und kantonaler Vorgaben und ersetzt bisherige Uferschutzstreifen. Sie betrifft auch eingedolte Gewässer und hat direkte Auswirkungen auf Grundstücke, weshalb eine sorgfältige Abklärung und Interessenabwägung notwendig ist. Das Verfahren wurde ordnungsgemäss mit Mitwirkung, Vorprüfung und öffentlicher Auflage durchgeführt. Der kantonale Vorprüfungsbericht bestätigt die Vollständigkeit und Rechtmässigkeit der Vorlage.

Der Stadtrat beantragt die Zustimmung zu den Teiländerungen.

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt.

Anträge

1. Die Teiländerung des Bauzonen- und Kulturlandplans sei zu beschliessen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Die Teiländerung der Bau- und Nutzungsordnung sei zu beschliessen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 5

ER.2025.030

Postulat von Rainer Böni (FDP) vom 23. Juni 2025 betreffend "Aufhebung des Fahrverbots und Wiedereinführung der Kurzzeitparkplätze beim Bahnhofplatz"; Haltung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Rainer Böni, Einwohnerrat (Postulant),

dankt dem Stadtrat, dass er das Postulat entgegennehmen will. Inhaltlich wird darauf hingewiesen, dass 2019 der Bevölkerung zugesichert wurde, dass im Zuge der Neugestaltung des Bahnhofplatzes die Kurzzeitparkplätze im Bereich Kiosk/Polizeiposten (Sektor Süd) erhalten bleiben.

Tatsächlich wurden dort jedoch ein Fahrverbot eingeführt und die Parkplätze aufgehoben. Dies führt zu problematischen Situationen: Beim Busbereich und nahe Fussgängerstreifen entstehen gefährliche Haltemanöver zum Ausladen von Personen, insbesondere für ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen. Alternative Ausladeorte sind unpraktisch oder nicht zulässig, etwa hinter der Post oder im Parkhaus.

Das Anliegen besteht darin, die ursprüngliche Zusicherung umzusetzen, die Kurzzeitparkplätze wieder bereitzustellen und die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Der Stadtrat beantragt die Überweisung des Postulats, nicht als Zustimmung oder Ablehnung der Forderung, sondern zur vertieften Prüfung im Gesamtkontext. Der Bahnhofbereich steht vor mehreren Entwicklungen, darunter ein Pilotprojekt mit der SBB, Anpassungen im Busbetrieb und langfristige Veränderungen auf der Westseite der Gleise.

Eine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen wird als wenig zielführend beurteilt. Mit der Überweisung soll eine umfassende Analyse ermöglicht werden, um dem Einwohnerrat die künftigen Möglichkeiten, Chancen und Einschränkungen aufzuzeigen. Auf dieser Grundlage kann eine fundierte politische Diskussion geführt werden.

Michèle Graf, Einwohnerrätin

Die EVP/Die Mitte-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Ein Bahnhof muss gut erreichbar sein, insbesondere da nicht alle Quartiere gleich gut an den öffentlichen Verkehr angebunden sind. Viele Personen werden daher mit dem Auto gebracht oder abgeholt, etwa ältere Menschen, Familien oder Reisende mit Gepäck.

Kurzzeitparkplätze ermöglichen ein sicheres und einfaches Ein- und Aussteigen. Bereits wenige gezielt platzierte Plätze können den Zugang zum Bahnhof verbessern und den Alltag erleichtern. Gleichzeitig schaffen sie klare Verhältnisse, wo kurzfristiges Anhalten erlaubt ist, und tragen zur Entschärfung der aktuellen Verkehrssituation bei.

Daniela Nadler, Einwohnerrätin

Die SVP unterstützt die Überweisung des Postulats grundsätzlich, äussert jedoch Kritik an der Antwort des Stadtrats. Die Formulierung "Prüfung im Rahmen der eigenen Kompetenzen" wird als zu unklar beurteilt, insbesondere hinsichtlich konkreter Massnahmen und zeitlichem Horizont.

Seit rund zwei Jahren besteht die Situation, dass mobilitätseingeschränkte Personen am Bahnhof Zofingen nicht regelkonform ein- und aussteigen können. Dies wird als widersprüchlich bewertet, da gleichzeitig erhebliche Investitionen in den behindertengerechten Ausbau von Bushaltestellen erfolgen.

Die frühere Begründung für das Fahrverbot mit Verweis auf Verkehrsprobleme wird im Vergleich zur aktuellen Verkehrssituation relativiert. Zudem wird kritisiert, dass Entscheide teilweise anders umgesetzt wurden, als sie vom Einwohnerrat beschlossen worden sind. Transparenz gegenüber dem Einwohnerrat wird als ungenügend erachtet.

Es wird gefordert, klar darzulegen, was die angekündigte Prüfung konkret umfasst und bis wann mit einer praktikablen Lösung gerechnet werden kann. Aufgrund der raschen Einführung des Fahrverbots wird erwartet, dass auch eine Anpassung zeitnah möglich ist.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Der Zeitpunkt für die erneute Behandlung des Postulats ist klar geregelt: Gemäss § 49 Gesch Regl ER erfolgt die Berichterstattung innerhalb von 1 Jahr. Das Geschäft wird somit spätestens innerhalb dieses Zeitraums erneut im Einwohnerrat vorgelegt.

Die Zuständigkeit für verkehrsrechtliche Massnahmen wie Signalisation liegt gemäss Gemeindeordnung beim Stadtrat.

Joël Brünisholz, Einwohnerrat

In der laufenden Diskussion werden bereits konkrete Inhalte wie Parkplätze behandelt, obwohl das Postulat formell nur einen Prüfauftrag darstellt.

Inhaltlich lehnt die Fraktion allgemein zugängliche Kurzzeitparkplätze ab. Vorstellbar sind hingegen Lösungen für spezifische Nutzungen, etwa für mobilitätseingeschränkte Personen oder alternative Mobilitätsangebote wie Mobility.

Es wird gefragt, wie das Postulat – das inhaltlich einer Motion nahekommt – jetzt inhaltlich von einer neutralen Prüfung getrennt wird.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Der Stadtrat bestätigt, dass ein Postulat als Prüfauftrag verstanden wird. Bei einer Überweisung werden die Fragen geprüft und aufgearbeitet. Zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt bewusst keine inhaltliche Stellungnahme, da die Ergebnisse zuerst intern analysiert und abgestimmt werden müssen, bevor sie dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Es wird darauf hingewiesen, dass auch früher bei bestehenden Kurzzeitparkplätzen keine speziellen Behindertenparkplätze vorhanden waren. Gleichzeitig stehen im Parkhaus entsprechende Plätze zur Verfügung, sodass mobilitätseingeschränkte Personen weiterhin die Möglichkeit haben, dort zu parkieren und den Bahnhof zu erreichen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Es wird festgehalten, dass frühere Zusicherungen zur Wiedereinführung der Kurzzeitparkplätze nicht umgesetzt wurden. Mehrere parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema bestehen bereits, darunter auch noch hängige Anliegen.

Die Situation rund um den Bahnhof wird als problematisch beurteilt und erfordert eine ganzheitliche Betrachtung. Im Vordergrund steht weniger der kurzfristige Einkaufsverkehr, sondern vielmehr die Notwendigkeit einer funktionalen Warte- oder Haltezone, etwa für das Abholen von mobilitätseingeschränkten Personen.

Vor diesem Hintergrund wird das Postulat unterstützt, um eine umfassende und sachgerechte Lösung für den gesamten Bereich zu prüfen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Antrag

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6

ER.2024.015.2

Postulat von Karin Burkhard (Grüne) vom 18. März 2024 betreffend "Sichere Schulwege - Verkehr rund um die Altstadt und um die Schulanlagen"; Bericht Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Niklas Sjöberg, Einwohnerrat

Die grüne Fraktion nimmt die Antwort auf das Postulat ernüchternd zur Kenntnis. Ein schlüssiges, gesamtheitliches Verkehrskonzept für sichere Schulwege fehlt weiterhin, ebenso konkrete Beurteilungen der aktuellen Verkehrssituation und Massnahmen im Hinblick auf zusätzliche Schülerinnen und Schüler ab 2027.

Die Problematik der Verkehrssicherheit besteht fort und dürfte sich mit der Eröffnung des Oberstufenzentrums im Sommer 2027 weiter verschärfen. Gefahren werden weniger auf Quartierstrassen, sondern vor allem entlang der kantonalen Achsen gesehen, die häufig Teil der Schulwege sind.

Gefordert wird ein fortlaufender Dialog mit dem Kanton sowie die Prüfung gezielter Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Insbesondere für den zunehmenden Veloverkehr fehlen noch Lösungen im Zusammenspiel mit öffentlichem und individuellem Verkehr. Ergänzend wird angeregt, externe Fachpersonen beizuziehen. Bereits einfache und kostengünstige Massnahmen, etwa Markierungen, könnten die Sicherheit deutlich verbessern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 35:0 (ja/nein) bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Traktandum 7

ER.2024.038.2

Postulat von Carla Fumagalli (glp) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Konzept Strassenraumgestaltung Altstadt Zofingen"; Bericht Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Christian Schnider, Einwohnerrat

Die Postulantin beurteilt den Bericht als teilweise zufriedenstellend. Von den drei Forderungen wurden zwei umgesetzt: Eine Evaluation mit Procap wurde durchgeführt und eine Informationsveranstaltung hat stattgefunden. Der gefundene Kompromiss entspricht zwar den Anforderungen von Procap, wird jedoch nicht als optimal bewertet.

Bei der dritten Forderung, der Überarbeitung des Konzepts, besteht Interpretationsspielraum. Die aktuelle Version ist nicht öffentlich zugänglich und wurde erst auf Nachfrage bereitgestellt. Inhaltlich wird sie eher als punktuelle Massnahmensammlung denn als ganzheitliches Konzept für die Strassenraumgestaltung beurteilt.

Zentrale Themen wie Signalisation und Verkehrssicherheit fehlen weiterhin, obwohl sie insbesondere in der Altstadt wesentlich sind. Die Fussgängerzone ist ungenügend signalisiert, was sich etwa in zu schnellen Fahrten von Velos und E-Bikes zeigt und bereits Sensibilisierungsmassnahmen der Regionalpolizei ausgelöst hat.

Das Konzept sollte diese Aspekte integriert behandeln und als verbindlicher Leitfaden für künftige Projekte dienen. Trotz Unterstützung eines dynamischen Ansatzes wird erwartet, dass zentrale Inhalte festgehalten werden. Unter diesen Voraussetzungen wird die Abschreibung des Postulats unterstützt. Gleichzeitig wird angeregt, den Altstadtentwicklungsprozess zeitnah weiterzuführen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 8

ER.2025.033.2

Postulat von René Schindler (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Erhöhung der Sicherheit durch verstärkte Polizeipräsenz und Kameraüberwachung an neuralgischen Orten"; Bericht Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

René Schindler, Einwohnerrat

Die Fraktion lehnt die Abschreibung des Postulats ab und beurteilt den Bericht als ungenügend. Er wird als Verteidigung des Status quo wahrgenommen und setze sich nicht ausreichend mit den tatsächlichen Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung auseinander.

Die Lage werde im Bericht als stabil dargestellt, obwohl regelmässige Kontrollen, Ordnungsbussen und Anzeigen auf bestehende Probleme hinweisen. Themen wie Vandalismus, Littering, Lärm und ein erhöhtes Unsicherheitsgefühl in den Abend- und Nachtstunden würden unzureichend berücksichtigt.

Zudem wird kritisiert, dass die vorhandenen Polizeiresourcen als ausreichend dargestellt werden, obwohl eine durchgehende Nachtpräsenz erst seit 2025 möglich ist. Daraus wird ein zusätzlicher Bedarf an Präsenz abgeleitet. Die Prioritätensetzung wird ebenfalls infrage gestellt: Kontrollen im ruhenden Verkehr oder am frühen Morgen hätten einen zu hohen Stellenwert gegenüber Einsätzen an sicherheitsrelevanten Hotspots.

Gefordert wird eine konsequentere Ausrichtung auf Sicherheitsbedürfnisse, insbesondere durch verstärkte Präsenz in der Nacht, gezielte Einsätze an Problemorten und eine Reduktion von Kontrollen mit geringem sicherheitspolitischem Nutzen. Auch die Wirkung von Videoüberwachung wird als unterschätzt beurteilt; sie könne präventiv wirken und zur Aufklärung beitragen.

Insgesamt wird eine grundlegende Weiterentwicklung der Sicherheitsstrategie verlangt. Die Abschreibung des Postulats wird als falsches Signal gewertet, da weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Peter Siegrist, Stadtrat

Es wird betont, dass verschiedene Aufgaben im Sicherheitsbereich unterschiedlich zu gewichten sind. Geschwindigkeitskontrollen und Parkbussen werden nicht primär durch die regulären Patrouillen sichergestellt und können nicht einfach durch zusätzliche Präsenzdienste ersetzt werden. Verkehrssicherheit wird als integraler Bestandteil der öffentlichen Sicherheit betrachtet.

Die Regionalpolizei erfüllt ihre Aufgaben nicht nur in Zofingen, sondern in insgesamt 22 Vertragsgemeinden. Eine stärkere Präsenz in Zofingen würde zusätzliche Ressourcen erfordern. Für einen 24-Stunden-Betrieb wären rund 3 zusätzliche Stellen notwendig, deren Kosten ausschliesslich von Zofingen zu tragen wären. Ob dies notwendig ist, liegt im Entscheid des Einwohnerrats.

Zur Videoüberwachung wird festgehalten, dass sie in den Vertragsgemeinden kaum verbreitet ist. Aktuell verfügt nur 1 von 22 Gemeinden über eine entsprechende Anlage im öffentlichen Raum, was insbesondere auf rechtliche und kantonale Vorgaben zurückzuführen ist.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Der Stadtrat zeigt sich zuversichtlich, dass die Sicherheitslage stabil bleibt, insbesondere im Hinblick auf kommende Veranstaltungen. Der Bericht basiert auf verfügbaren Zahlen und Fakten, wobei keine eindeutige statistische Häufung von Vorfällen festgestellt wird. Wahrnehmungen einer zunehmenden Unsicherheit werden zur Kenntnis genommen, sind jedoch nicht mit belastbarem Zahlenmaterial belegt.

Im Vergleich zu anderen Gemeinden fehlen ebenfalls nachvollziehbare Daten, weshalb die Einschätzung als unterschiedliche Wahrnehmung ("Aussage gegen Aussage") eingeordnet wird. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Sicherheit in Zofingen gewährleistet ist, insbesondere dank der

Arbeit der Regionalpolizei. Kontrollen finden gezielt an bekannten Hotspots statt, und zusätzliche Massnahmen wie verstärkte Präsenz zu Fuss wurden umgesetzt.

Weitergehende Massnahmen wie Videoüberwachung oder zusätzliche Polizeikräfte werden aktuell als nicht notwendig beurteilt. Solche Schritte wären kostenintensiv und ohne klaren Nachweis eines erhöhten Bedarfs nicht verhältnismässig. Ein Restrisiko bleibt bestehen, jedoch wird erst bei einer nachweisbaren Verschlechterung der Lage Handlungsbedarf gesehen.

René Schindler, Einwohnerrat

Es wird festgehalten, dass Videoüberwachung nicht nur präventiv wirkt, sondern vor allem der nachträglichen Klärung von Vorfällen dient. Auch in Oftringen und im BZZ gibt es Videoüberwachungen. Die Einrichtung im BZZ hat eine genaue Statistik und half sehr.

Im Vordergrund steht die Möglichkeit, Verursachende von Schäden oder Littering zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen. Dadurch wird vermieden, dass Kosten von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Videoüberwachung wird somit als Instrument zur besseren Durchsetzung von Ordnung und zur Entlastung der öffentlichen Hand verstanden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 26:10 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Die Vorstösse sind auf www.zofingen.ch/einwohnerrat einsehbar.

Traktandum 9 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Es wird angeregt, die Kommunikation zu Strassenbauprojekten zu verbessern. Trotz des Ziels einer koordinierten und vorausschauenden Planung besteht aktuell Optimierungspotenzial.

Vorgeschlagen wird, auf der Webseite eine Übersichtskarte von Zofingen und Umgebung bereitzustellen, auf der laufende und geplante Strassenbauprojekte mit ihrem jeweiligen Stand dargestellt sind. Dies würde Transparenz schaffen und frühzeitig aufzeigen, wann und wo Bauarbeiten anstehen, sodass Entwicklungen nicht überraschend eintreten.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Zur Übersicht über Strassenbauprojekte wird festgehalten, dass eine entsprechende Liste erstellt werden kann. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Angaben teilweise ungenau bleiben, da viele Projekte von externen Faktoren abhängen, etwa vom Kanton, den StWZ oder weiteren Beteiligten. Auch Einwendungen und Landerwerb können zu zeitlichen Verschiebungen führen. Eine Übersicht ist möglich, jedoch ohne verlässliche Detailtermine.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat

1. **Altstadtentwicklung:** Es wird nach dem aktuellen Stand gefragt sowie danach, wann und in welcher Form konkrete Umsetzungsarbeiten erfolgen.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Zur Altstadtentwicklung wird festgehalten, dass es sich um einen laufenden Prozess handelt. Es wurden bereits Massnahmen definiert, nun geht es darum, zu entscheiden, welche konkret umgesetzt werden sollen und welche nicht.

Der Stadtrat wird dazu entsprechende Einzelentscheide treffen. Gleichzeitig steht auch zur Diskussion, ob der Prozess als Ganzes weitergeführt oder künftig stärker über einzelne Massnahmen gesteuert werden soll. Weitere Informationen sollen zu gegebener Zeit folgen.

2. **Informationsveranstaltungen:** Es wird angeregt, Veranstaltungen künftig aufzuzeichnen und online zugänglich zu machen, damit sie auch nachträglich verfolgt werden können.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Die Anregung, Informationsveranstaltungen aufzuzeichnen und zugänglich zu machen, wird positiv aufgenommen. Es wird geprüft, ob eine Umsetzung möglich ist, insbesondere im Hinblick auf technische Anforderungen wie Tonqualität und die jeweiligen Veranstaltungsorte.

3. **Feuerwehr / PFAS:** Es wird gefragt, ob nach der Umstellung 2022 auf PFAS-freie Löschmittel alle Altbestände bei der Feuerwehr Zofingen vollständig entsorgt wurden oder noch Rückstände vorhanden sind.

Peter Siegrist, Stadtrat

Die Feuerwehr Zofingen–Oftringen setzt keine PFAS-haltigen Schaummittel mehr ein und verfügt über keine entsprechenden Altbestände. Die Kontrolle wurde durch die Aargauische Gebäudeversicherung durchgeführt. Zudem führt die Feuerwehr Zofingen die Inventarisierung für die gesamte Region. PFAS-haltiger Spezialschaum wird nur noch durch die Chemiewehr der Firma Siegfried eingesetzt.

4. **Legislaturziele:** Es wird geklärt, wie künftig im Jahresbericht über die Erreichung der Legislaturziele berichtet werden soll.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Zu den Legislaturzielen wird festgehalten, dass im Jahresbericht darüber informiert wird. Zusätzlich werden die Legislaturziele zeitnah über eine Medienmitteilung sowie auf der Website der Stadt veröffentlicht.

Joël Brünisholz, Einwohnerrat

1. **Schulweg OSZ A ab 2027:** Es wird nach konkreten Massnahmen oder Lösungen für den Schulweg der Schülerinnen und Schüler aus Brittnau gefragt, insbesondere beim Knoten Färbereiweg/Luzernerstrasse.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Zur Verkehrssicherheit beim Knoten Färbereiweg wird festgehalten, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt und die Zuständigkeit beim Kanton liegt. Im Rahmen der geplanten Belagssanierung der zweiten Etappe ist vorgesehen, im Knotenbereich eine Art Mittelinsel zu erstellen. Diese soll ermöglichen, die Strasse etappenweise zu queren, ähnlich wie bei bestehenden Lösungen, wodurch insbesondere Velofahrende sicherer in 2 Schritten queren können.

2. **Legislaturziele:** Es wird nach den Mechanismen gefragt, mit denen die Zielerreichung sichergestellt und überprüft wird, insbesondere welche Kontrollinstrumente vorgesehen sind.

André Kirchhofer, Stadtpräsident

Zur Umsetzung der Legislaturziele wird festgehalten, dass diese analog zu unternehmerischen Zielsystemen gehandhabt werden. Daraus werden Jahresziele abgeleitet und regelmässig überprüft.

Das Controlling erfolgt laufend, insbesondere im Rahmen monatlicher Bereichsleiterkonferenzen und jährlicher Standortgespräche. Dabei wird der Zielerreichungsgrad systematisch überprüft und bei Abweichungen werden entsprechende Massnahmen eingeleitet.

Legislaturziele entfalten ihren Nutzen nur bei regelmässiger Überprüfung und aktiver Steuerung.

Thomas Affentranger, Einwohnerrat

Es wird nach der Weiterentwicklung der sogenannten "namenlosen Strasse" gefragt. Im Schlussbericht der Jury vom Juni vor einem Jahr wurden kritische Punkte festgehalten. Rund ein Jahr später wird jedoch kommuniziert, dass die Prüfung nicht weitergeführt wird.

Es wird hinterfragt, welche Abklärungen in der Zwischenzeit tatsächlich erfolgt sind, da die ursprünglichen Fragestellungen unverändert bestehen.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Zur "namenlosen Strasse" wird festgehalten, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Der Wunsch nach Anpassungen wurde dem Kanton mitgeteilt, hätte jedoch ein erneutes, aufwendiges Verfahren mit Auflage erfordert.

Da bereits ein Einwohnerrats- und ein Volksbeschluss vorliegt, der eine durchgehende Realisierung vorsieht, wird das Projekt unverändert umgesetzt. Die Strasse wird somit wie geplant vollständig gebaut. Die betroffene Bauherrschaft (DOMUM) ist informiert und hat dem Vorgehen zugestimmt.

Laura Kerstjens, Einwohnerrätin

Es wird darauf hingewiesen, dass beim Taxistand am Bahnhof Zofingen keine Sitzgelegenheiten vorhanden sind, was insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen problematisch ist.

Es wird gefragt, ob der Stadtrat bereit ist zu prüfen, ob beispielsweise Klappsitze an den vorhandenen Säulen beim Taxistand angebracht werden können, um die Situation zu verbessern.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Zur Sitzgelegenheit beim Bahnhof wird festgehalten, dass das Anliegen aufgenommen wird. Das betroffene Gebäude befindet sich im Stockwerkeigentum und gehört nicht allein der Stadt Zofingen. Das Thema soll in einer der nächsten Stockwerkeigentümerversammlungen eingebracht werden, um abzuklären, ob eine Umsetzung, etwa mit zusätzlichen Sitzgelegenheiten, möglich ist.

Simon Anderegg, Einwohnerrat

Es wird nach dem aktuellen Stand des Projekts Erweiterungsbau Musikschule gefragt. Nachdem die Vorlage vor genau einem Jahr zurückgewiesen wurde, interessiert, ob die Planung inzwischen weiter fortgeschritten ist als im Jahresbericht dargestellt.

Lukas Fankhauser, Stadtrat

Zum Projekt Erweiterungsbau Musikschule wird festgehalten, dass der Stand dem Jahresbericht entspricht. Das Vorhaben wird in einen umfassenderen Kontext der Schulraumplanung eingebettet. Diese gesamtheitliche Planung ist derzeit in Erarbeitung. Ziel ist, bis Ende Jahr eine umfassende Schulraumplanung vorzulegen.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

1. **Badesanierung:** Es wird nach dem aktuellen Planungsstand gefragt. Gemäss Investitionsplan ist die Sanierung im Jahr 2030 vorgesehen; es interessiert, wie weit die konkreten Vorbereitungen fortgeschritten sind.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Zur Badesanierung wird festgehalten, dass ein Vorprojekt vorliegt. Im kommenden Jahr wird dem Einwohnerrat ein Planungskredit zur weiteren Behandlung unterbreitet.

2. **Öffnungszeiten bei Hitzewellen:** Es wird angeregt zu prüfen, ob bei hohen Temperaturen eine frühere Öffnung der Badi, etwa ab 06.30 Uhr, möglich wäre, damit auch Berufstätige das Angebot nutzen können.

Robert Weishaupt, Vizestadtpräsident

Eine Öffnung ab 06.30 Uhr grundsätzlich möglich wäre. Die Umsetzung scheitert jedoch am fehlenden Personal: Für einen solchen Betrieb wären zusätzliche Badmeister erforderlich. Aufgrund gesetzlicher Arbeitszeitbegrenzungen (max. 12 Stunden) und bereits ausgeschöpfter Ressourcen kann der Bedarf aktuell nicht gedeckt werden. Daher ist eine Ausweitung der Öffnungszeiten derzeit nicht umsetzbar.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Es wird gefragt, wie der Stadtrat seine Rolle als Eigentümerversammlung des seit Anfang Jahr verselbstständigten Seniorenzentrums wahrnimmt. Insbesondere interessiert, in welchem Umfang bisher Gespräche mit dem Verwaltungsrat stattgefunden haben und wie die Aufsichtsfunktion konkret sichergestellt wird.

Dominik Gresch, Stadtrat

Zum Seniorenzentrum CASALEGRE wird festgehalten, dass der Stadtrat seine Eigentümerrolle über drei Elemente wahrnimmt:

1. die direkte Einsitznahme des zuständigen Ressortvorstehers im entsprechenden Gremium,
2. die Aktualisierung und Anpassung der Eignerstrategie an die neuen Rahmenbedingungen,
3. regelmässige Berichterstattung und jährliche Gespräche, analog zu anderen ausgelagerten Organisationen wie bspw. die StWZ.

Matthias Colucci, Einwohnerrat

Es wird gefragt, ob die Stadt Zofingen im Kontext der aktuellen und künftig erwarteten Hitzewellen ein Monitoring der Temperaturen in Schulzimmern und Altersheimen führt. Von Interesse ist, wer diese Kontrollen durchführt, wer Massnahmen auslösen kann und wie viele der genutzten Räume bei Bedarf aktiv gekühlt werden können.

Im Fokus steht nicht das allgemeine Wohlbefinden, sondern der Gesundheitsschutz besonders vulnerabler Gruppen wie Kinder und ältere Menschen.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Zu den Kühlmöglichkeiten in den Schulgebäuden wird festgehalten, dass kein Monitoring von Maximaltemperaturen besteht; überwacht werden lediglich Minimaltemperaturen im Winter.

Aktive Kühlung ist nur teilweise vorhanden:

- Im BZZ/Primarschulhaus erfolgt eine begrenzte Kühlung über die Lüftung, jedoch ohne Klimaanlage.
- Im OSZA besteht eine aktive Kühlung mittels "Free Cooling" über Erdsonden, bei dem überschüssige Wärme im Sommer in den Boden abgeführt wird.

Für das Seniorenzentrum können keine Angaben gemacht werden, da es als eigenständige Organisation geführt wird und nicht im Zuständigkeitsbereich des Hochbaus liegt.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Es wird kritisiert, dass auf der Schafgasse seit rund 1,5 Jahren keine sichtbare Bautätigkeit erfolgt, obwohl die Gasse gesperrt ist. Die Situation wird als unverständlich beurteilt, da sich die Baustelle mitten in der Altstadt befindet und weder Fortschritt erkennbar ist noch eine Umfahrung möglich ist.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Zur Schafgasse wird festgehalten, dass die längere Unterbrechung der Bautätigkeit auf einen Eigentümerwechsel sowie verschiedene Projektanpassungen zurückzuführen ist. Die Baustelle wird vom Hochbau eng begleitet, und die Arbeiten sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Aufgrund der engen Platzverhältnisse ist eine Baustelleninstallation direkt in der Gasse notwendig, weshalb Einschränkungen und Behinderungen während der Bauphase unvermeidbar sind.

Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident

Er dankt allen anwesenden Personen für die speditive Sitzungsabwicklung und weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom Montag, 14. September 2026 hin.

Zofingen, 6. Juli 2026

EINWOHNERRAT ZOFINGEN

Flavio Wyss
Einwohnerratspräsident

Patrick Kurt
Einwohnerratssekretär